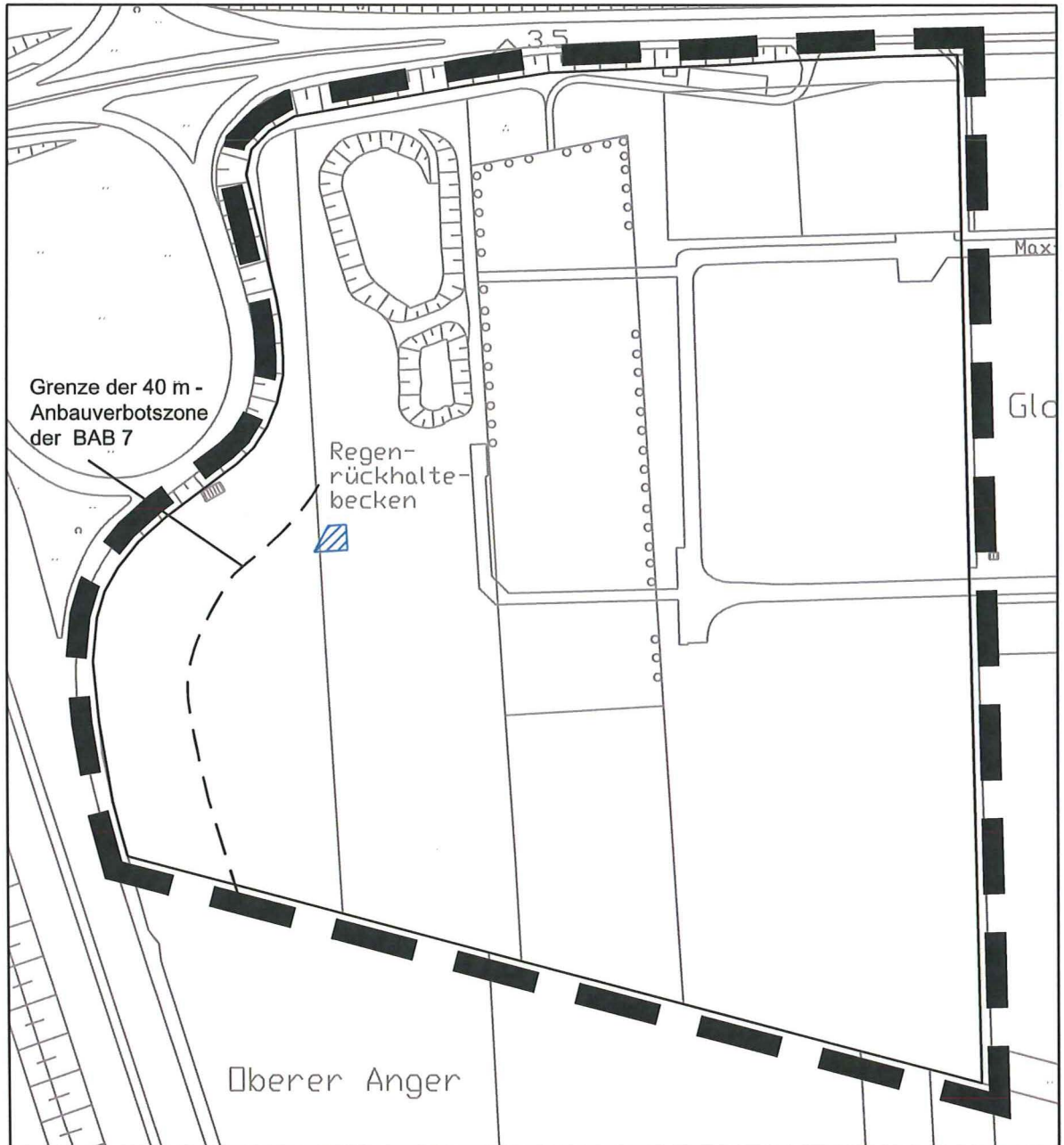


Stadt Hildesheim

1. Änderung des
Bebauungsplans AU/EN 308
und der Örtlichen Bauvorschrift AU/EN 308
" Glockensteinfeld - West "

04/12

1. Änderung des Bebauungsplans AU/EN 308 und der örtlichen Bauvorschrift AU/EN 308 "Glockensteinfeld - West"



Grenze des Geltungsbereichs



Stadt Hildesheim

Stadtplanung und Stadtentwicklung

04/12 M1:2500



04/12 M1:1000

Rechtsgrundlagen

Für diese Bebauungsplanänderung gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Juli 2011 (BGBl. I. S. 1509)
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) in der Fassung vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I. S. 466)
- die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 10. Februar 2003 (Nds. GVBl. S. 89), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46)
- das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 279)

§ 1

Geltungsbereich

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans AU/EN 308 und der 1. Änderung der örtlichen Bauvorschrift AU/EN 308 „Glockensteinfeld West“ erstreckt sich über das gesamte Gebiet dieses Bebauungsplans (siehe Übersichtsplan Seite 1).

§ 2

Bestehende Festsetzungen

Alle bestehenden Vorschriften bleiben unverändert erhalten, soweit sie durch § 3 oder § 4 nicht berührt werden.

§ 3

Ausschluss von Vergnügungsstätten

Im Gewerbegebiet sind Vergnügungsstätten nicht zulässig.
(Ausschluss gem. § 1 Abs. 5 und 9 BauNVO i. V. m. § 8 BauNVO).

§ 4

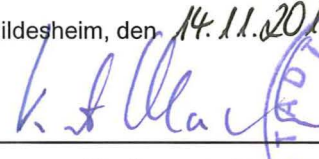
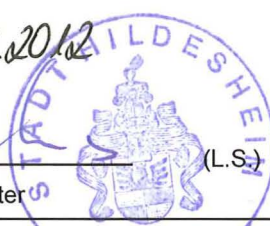
Ergänzung der örtlichen Bauvorschrift

Die örtliche Bauvorschrift Nr. 5 wird zu Nr. 6.

Die bestehenden örtlichen Bauvorschriften werden durch die neue Nr. 5 ergänzt:

5. Im Gewerbegebiet ist innerhalb der im Plan auf Seite 3 schraffierten Fläche eine freistehende Werbeanlage mit einer maximalen Höhe von 30 Metern zulässig. Mit dieser Anlage darf ausschließlich Werbung für Betriebe und Dienstleistungsangebote innerhalb des Gewerbegebiets Glockensteinfeld (Bebauungspläne AU/EN 308 und BA/EN 307) gemacht werden. Die Ansichtsflächen der einzelnen Werbeschilder, die an der Anlage angebracht sind, dürfen eine Größe von jeweils 16 m² nicht überschreiten und ihre Ansichtsflächen dürfen ausschließlich in Richtung Bundesautobahn 7 zeigen. In Blickrichtung aus Süden und aus Norden sind jeweils maximal drei Schilder zulässig. Es darf ausschließlich eine Beleuchtung der Ansichtsseiten der einzelnen Werbeschilder erfolgen.

(§ 56 Abs. 1 Nr. 2 NBauO)

<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Antragsnummer, Stand vom). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei. Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.</p> <p>Hildesheim, den LGLN, Regionaldirektion Hameln, Katasteramt Hildesheim</p>	<p>Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den 30.08.2012 Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung</p>
<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplans wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Verwaltungsausschuss der Stadt in seiner Sitzung am 05.12.2011 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 24.03.2012 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 26.03.2012 bis 20.04.2012. Gleichzeitig bestand allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.</p> <p>Hildesheim, den 30.08.2012 Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplans hat der Verwaltungsausschuss der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 09.07.2012 zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den 30.08.2012 Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p>
<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 24.07.2012 bis 23.08.2012 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am 14.07.2012 mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden</p> <p>Hildesheim, den 30.08.2012 Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p>	<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 4a Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom bis erneut zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Die Auslegung ist am mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden</p> <p>Hildesheim, den Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p>
<p>Der Entwurf dieses Bebauungsplans wurde aufgrund der gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) vorgebrachten Anregungen gem. § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB geändert. Den Betroffenen wurde in der Zeit vom bis Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.</p> <p>Hildesheim, den Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB und § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom <u>12.11.2012</u> als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt. Ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den <u>14.11.2012</u>  Oberbürgermeister </p>
<p>Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am <u>28.11.2012</u> im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am <u>28.11.2012</u> rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den <u>08.02.2013</u> Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorganges im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den 14.03.2014 Der Oberbürgermeister Im Auftrage gez. Kraaz</p>